Konferenz er und Düsseldorf Nähe trifft Freiheit

- Kommunale Konferenz Alter und Pflege (KAP) am 17. Juni 2020
 - Düsseldorfer Hospiz- und Palliativforum (DHPF)
 - Coronavirus Informationen des **Amtes für Soziales**
 - Coronavirus Informationen des Gesundheitsamtes
 - Coronavirus Informationen der liga wohlfahrt düsseldorf

- Örtliche Planung Vorstellung neuer Projekte
- Pflegegipfel
- Öffentliche Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018 bis 2022
- Pflegebedürftige und Personal häufig von **COVID-19 betroffen**
- Dialogstelle des Landes Nordrhein-Westfalen für Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen
- Corona-Sonderseite der Regionalbüros Alter, **Pflege und Demenz**
- Wo die Risikogruppen wohnen
- Helden in der Krise
- Informationen der Landeshauptstadt **Düsseldorf zur Coronavirus-Pandemie**

Kommunale Konferenz Alter und Pflege (KAP) am 17. Juni 2020

Düsseldorfer Hospiz- und Palliativforum (DHPF)

Am 26. Februar haben sich der Runde Tisch Palliative Versorgung Düsseldorf und das Hospizforum Düsseldorfer Hospiz- und Palliativforum (DHPF) zusammengeschlossen. Haupt- und ehrenamtliche Träger ambulanter und stationärer Anbieter und Einrichtungen arbeiteten bis dahin im Hospizforum Düsseldorf verbindlich zusammen. Daneben vereinte der Runde Tisch Palliative Versorgung Düsseldorf alle Akteurinnen und Akteure der hospizlichpalliativen Versorgung in Düsseldorf. Diese sorgen gemeinsam für eine gute Versorgung von schwerkranken, sterbenden Menschen. Insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie regen die Akteurinnen und Akteure an. den Düsseldorfer Notfallausweis zu nutzen und bieten zudem Beratung und Kooperation für stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste an.

AnsprechpartnerinBarbara Krug Telefon 0211 9194909



Coronavirus – Informationen des Amtes für Soziales

Noteinrichtungen Pflege und Eingliederungshilfe

Für den Bereich der Pflege hat das Amt für Soziales frühzeitig in Zusammenarbeit mit der liga wohlfahrt düsseldorf und dem Verbund Katholischer Kliniken Düsseldorf (VKKD) im ehemaligen Haus Katharina Labouré eine Noteinrichtung schaffen können, um dort Spitzen in der pflegerischen Versorgung bei coronabedingtem Wegfall von Strukturen in der Pflege auffangen zu können.

Für den Personenkreis der Eingliederungshilfe wurde ebenfalls, wiederum in Zusammenarbeit mit der liga wohlfahrt düsseldorf, eine Noteinrichtung geplant. Die notwendigen vertraglichen Vorbereitungen dafür sind erfolgt. Nach der Neuregelung der Aufnahmebestimmungen in den Einrichtungen durch das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen von zwei Allgemeinverfügungen, die die Coronaaufnahmeverordnung ersetzt haben, sind die Einrichtungen in der Verantwortung und in der Regel in der Lage, Quarantänesituationen im eigenen Haus sicherzustellen. Sollten mehrere Infektionen in einer Pflegeeinrichtung auftreten, geht das Amt für Soziales aktiv auf die Träger der Einrichtung zu und bietet Unterstützung, beispielsweise in Form von Ausweichmöglichkeiten, an.

Unterstützung der Düsseldorfer ambulanten Pflegedienste

Zur Unterstützung der in Düsseldorf ansässigen ambulanten Pflegedienste wurde im Vorgriff auf die nach Antragsprüfung am 1. Juli jeden Jahres zu leistende jährliche Investitionskostenförderung ein Abschlag in Höhe von 90 Prozent der Vorjahresförderung geleistet. Die Zahlungen erfolgten bislang an über 100 Pflegedienste und haben ein Gesamtvolumen von rund 2,4 Millionen Euro.

Weiterhin werden die monatlichen Rechnungen der ambulanten Pflegedienste vom Amt für Soziales priorisiert bearbeitet. Dies bedeutet, dass die Rechnungen innerhalb von 3 bis 4 Arbeitstagen nach Eingang angewiesen werden.

• Übergabe des Freiwilligenpools

Insgesamt wurden vom Amt für Soziales 528 freiwillige Helferinnen und Helfer und 47 freiwillige Fachkräfte erfasst. 18 Ehrenamtliche und 2 Fachkräfte wurden in langfristige Aufträge vermittelt, 32 Personen wurden mit Einzelaufträgen versehen. Die Verkehrswacht Düsseldorf wurde in 3 Aufträge eingebunden. Es wurden Fachkräfte registriert, als das Land dafür noch nicht die Strukturen geschaffen hatte. so dass deren Daten nicht verloren gegangen sind und diese nun auf die Landesinitiative hingewiesen werden können. Am 11. Mai wurde die Datenbank mit den erfassten Freiwilligen an das Referat Bürgerschaftliches Engagement im Büro des Oberbürgermeisters übergeben und wird dort das bisherige System langfristig ersetzen. Die bisherige Funktions-E-Mail HilfsangeboteEhrenamt@duesseldorf.de wird weiterhin genutzt. Aktuell haben sich neue Freiwillige gemeldet, die bereits eingesetzt werden konnten.

• Wiedereröffnung der "zentren plus"

Die "zentren plus" haben in den vergangenen Wochen hervorragende Arbeit geleistet. Es fanden zwar keine offenen Angebote und Veranstaltungen vor Ort statt, Beratungen wurden aber weiterhin telefonisch angeboten oder von den "zentren plus" in anderer Weise kreativ gelöst. Mit viel Engagement wurde zudem der Kontakt zu den bekannten Besucherinnen und Besuchern telefonisch, durch E-Mail-Newsletter oder per Brief aufrechterhalten. Die Besucherinnen und Besucher profitieren in dieser Zeit sehr von den untereinander aufgebauten persönlichen Netzwerken, da sie vielfach dadurch auch eigenständig miteinander Kontakt halten.

Mit großem organisatorischem Aufwand und viel persönlichem Einsatz wurde in allen "zentren plus" ein Einkaufsdienst eingerichtet, durch den auch viele Kontakte zu bisher nicht erreichten Seniorinnen und Senioren entstanden sind. Der Wegfall der Tagesstruktur stellt für viele Seniorinnen und Senioren jedoch ein großes Problem dar. Vielfach wurde beobachtet, dass sich der Allgemeinzustand bekannter Besucherinnen und Besucher im Laufe der letzten Wochen verschlechtert hat.

Auch Ehrenamtliche sind betroffen, da ihnen ihre Aufgabe fehlt.

In den vergangenen Wochen ist sehr deutlich geworden, welch hohen Stellenwert die "zentren plus" in der Versorgung der älteren und hochbetagten Düsseldorferinnen und Düsseldorf haben. Ohne die über Jahre hinweg aufgebauten Strukturen und die gute Vernetzung der "zentren plus" in ihren Stadtteilen wäre es nicht möglich gewesen, Hilfeleistungen wie den Einkaufsdienst zu installieren und den Seniorinnen und Senioren in Zeiten großer Verunsicherung und Einsamkeit Halt und Orientierung zu geben.



Die Zielgruppe der "zentren plus" gehört aufgrund des Alters und durch die damit vielfach einhergehenden Vorerkrankungen ausschließlich zur Risikogruppe. Eine kurzfristige, vollständige Rückkehr zum Regelbetrieb ist daher zum Schutz der Zielgruppe nicht möglich. Seitens der Seniorinnen und Senioren nahm jedoch der Wunsch nach einer Wiedereröffnung zu. Das Amt für Soziales hat in enger Absprache gemeinsam mit den Trägern der "zentren plus" ein Modell zur schrittweisen Wiederaufnahme einzelner Elemente der Angebotspalette erarbeitet. Der Fokus liegt hierbei zunächst auf 3 Bereiche, deren Einschränkung die Seniorinnen und Senioren derzeit besonders stark trifft:

- Beratungsangebote,
- einzelne Bewegungsangebote und
- Angebote zur Aufrechterhaltung der seelischen Gesundheit.

In den letzten beiden Kategorien wird dies natürlich begrenzt auf Angebote, die in der Personenzahl steuerbar sind. Offene Angebote, die keine Anmeldung voraussetzen, werden zunächst nicht dazugehören. Außerdem spielen die räumlichen Gegebenheiten bei der Planung eine Rolle. In Zusammenarbeit mit den Trägern der "zentren plus" werden aus den Erkenntnissen der Corona-Phase Vorschläge erarbeitet, die in die Weiterentwicklung der "zentren plus" einfließen.

Ergänzung zum zweiten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Im Mai ist das Zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite verabschiedet worden. Es beinhaltet unter anderem Erleichterungen für pflegende Angehörige. Mit dem Gesetz soll die Unterstützung in akuten Pflegesituationen verbessert werden: Wer coronabedingt Angehörige pflegt oder die Pflege neu organisieren muss, hat nun einen Anspruch auf 20 freie Arbeitstage. Das Pflegeunterstützungsgeld kann ebenfalls bis zu 20 Arbeitstage in Anspruch genommen werden, wenn die Pflege aufgrund von coronabedingten Versorgungsengpässen zu Hause erfolgt.

Außerdem wurde die Pflegezeit und die Familienpflegezeit flexibler gestaltet. Pflegende Angehörige sollen leichter eine Freistellung von 6 Monaten (Pflegezeit) beziehungsweise 24 Monaten (Familienpflegezeit) in Anspruch nehmen oder nach einer Unterbrechung ihre Arbeit wieder aufnehmen können, sei es vollständig oder in Teilzeit. Wer den gesetzlichen Rahmen für die Auszeiten (6 Monate Pflegezeit, 24 Monate Familienpflegezeit) bisher nicht ausgeschöpft hat, soll kurzfristig Restzeiten der Freistellungen in Anspruch nehmen können, sofern sie die Gesamtdauer von 24 Monaten nicht überschreiten.

Die Ankündigungsfrist gegenüber dem Arbeitgeber wird bei der Familienpflegezeit vorübergehend nur 10 Tage (statt 8 Wochen) betragen. Die Mindestarbeitszeit der Familienpflegezeit von 15 Wochenstunden kann vorübergehend unterschritten werden. Die Ankündigung in Textform genügt. Auch wird der unmittelbare Anschluss

zwischen Pflegezeit und Familienpflegezeit befristet entfallen.

Auch das Darlehen nach dem Familienpflegezeitgesetz wird den aktuellen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt angepasst.
Monate mit pandemiebedingten Einkommensausfällen können bei der Ermittlung
der Darlehenshöhe auf Antrag unberücksichtigt bleiben. Die Rückzahlung der Darlehen wird für die Betroffenen im Verwaltungsverfahren erleichtert.

Coronavirus – Informationen des Gesundheitsamtes

Aufgrund der Coronavirus-Pandemie führt das Gesundheitsamt Tests in Pflegeeinrichtungen durch. Diese Reihentestungen dienen dem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Beschäftigten. Sie sollen helfen, Infektionsketten möglichst frühzeitig zu erkennen und zu unterbrechen. Es wird empfohlen, dass die Einrichtungen ausreichende Depots für Schutz- und Hilfsmittel anlegen.

Coronavirus – Informationen der liga wohlfahrt düsseldorf

Die in der liga wohlfahrt düsseldorf vertretenen Verbände haben aufgrund der Corona-Pandemie neue Aufgaben erhalten und sind auf andere Weise aktiv geworden. Beispielsweise haben sich für die "zentren plus" neue Zielgruppen, Aufgaben und Erkenntnisse ergeben. Diese werden in die zukünftige Arbeit integriert.



Örtliche Planung – Vorstellung neuer Projekte

Erfreulicherweise stehen die Planungen und Aktivitäten zur Errichtung neuer Tagespflegeeinrichtungen und neuer Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot nicht still, sondern werden in vielen Projekten weiter vorangetrieben. Im Folgenden werden 3 aktuelle Projekte vorgestellt.

Tagespflegeeinrichtung Am Gather Hof 19

Im Quartier Westfalenstraße entsteht Am Gatherhof 19 in einem Neubau-Komplex mit etwa 170 Wohnungen und einem Nahversorgungszentrum auch eine Tagespflegeeinrichtung mit 12 Plätzen. Diese wird vom Pflegedienst Adel GmbH betrieben.

Anbieterverantwortete ambulant betreute Wohngruppe in den Arcadia-Höfen und Tagespflegeeinrichtung Arcadia-Höfe

Die Care Consulting GmbH & Co. KG beabsichtigt, in den Arcadia-Höfen, bestehend aus 5 Gebäudekomplexen mit insgesamt 212 Wohneinheiten, einen Teilbereich im Erdgeschoss an der Ecke Arcadiastraße/Selbecker Straße für eine neue Tagespflegeeinrichtung für bis zu 33 Gäste zu nutzen. Zudem soll eine anbieterverantwortete ambulant betreute Wohngruppe entstehen, die Platz für 9 beatmungspflichtige Menschen bietet.

• Einrichtung mit umfassendem Leistungsangebot am Rather Broich

Die franziskanischen Sozialwerke Düsseldorf gGmbH, franzfreunde e. V. planen den Neubau einer Altenpflegeeinrichtung mit insgesamt 76 vollstationären Pflegeplätzen am Rather Broich 161–165, direkt neben dem Johannes-Höver-Haus. Alle Plätze sind uneingeschränkt für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer geeignet. Zusätzlich werden im Dachgeschoss eine Wohngruppe und Apartments für Wohnungslose entstehen.

> Weitere Informationen der örtlichen Planung

Ansprechpartner
Holger Pfeiffer
Telefon 0211 89-95020



Pflegegipfel

Der demografische Wandel geht auch an der Landeshauptstadt Düsseldorf nicht spurlos vorbei. Zusätzlich zu den vorhandenen Angeboten für Pflegebedürftige besteht ein Bedarf an rund 1.000 Pflegeplätzen. Um diese Versorgungslücke gemeinsam zu schließen, hat Oberbürgermeister Thomas Geisel am Mittwoch, 15. Juli, erstmalig zu einem Pflegegipfel ins Düsseldorfer Rathaus eingeladen. Im Beisein von Stadtdirektor und Sozialdezernent Burkhard Hintzsche, der Planungsdezernentin Cornelia Zuschke sowie Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der privaten Träger wurden mögliche Lösungen diskutiert und gemeinsame Projekte ins Auge gefasst. Bereits Ende August kommen die Beteiligten zur Fortsetzung der Arbeit des Pflegegipfels auf der Arbeitsebene wieder zusammen.

> Weitere Informationen

Ansprechpartner Heinz-Werner Schuster Telefon 0211 89-25927

Öffentliche Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018 bis 2022

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG NRW) hat die Bestimmungen zur Förderung von Wohnraum für Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot 2020 (BWB) aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei den Baukosten und der Neuausrichtung der Eingliederungshilfe und des Bundesteilhabegesetzes neu gefasst.

Im Rahmen des mehrjährigen Wohnraumförderungsprogramm (WoFP 2018 bis 2022) und einem jährlich bis 2022 garantierten Finanzrahmen von 1,1 Milliarden Euro soll mehr Wohnraum in allen Marktsegmenten geschaffen werden.

Zentrale Verbesserung der Konditionen der BWB 2020:

- Erweiterung der Platzzahl auf 24 förderfähige Wohnplätze, zuzüglich 4 statt bisher 2 Wohnheimplätzen für Krisensituationen oder kurzzeitige Unterbringung.
- Die Grundpauschalen und teilweise die Zusatzdarlehen werden erhöht.
- Einzelne Zusatzdarlehen, die erfahrungsgemäß in jedem Förderverfahren beantragt werden, fallen weg und werden in der Fördergrundpauschale berücksichtigt.
- Den Bewilligungsbehörden wird eine Ermessenkompetenz eingeräumt, um die Standortbegrenzung für inklusives Wohnen im Einzelfall ändern zu können.
- Die Darlehenskonditionen werden an die Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB) mit O Prozent Zinsen über 15 Jahre für alle Mietstufen angeglichen. Des Weiteren wird durch die Einführung von Tilgungsnachlässen von 25 Prozent und bei Standortaufbereitungsmaßnahmen von 50 Prozent eine weitere Angleichung an die WFB erreicht.
- > Weitere Informationen des MHKBG NRW Telefon 0211 861850

Pflegebedürftige und Personal häufig von COVID-19 betroffen

Die Ergebnisse einer Online-Befragung der Universität Bremen in 824 Pflegeheimen, 701 Pflegediensten und 96 teilstationären Einrichtungen ergeben, dass pflegebedürftige Menschen, die in einem Pflegeheim oder von einem ambulanten Pflegedienst versorgt werden, bei einer Infektion mit dem Coronavirus von schweren Krankheitsverläufen und einer hohen Sterblichkeit bedroht sind. Auch die sie versorgenden Pflegenden sind durch erhöhte Infektionsrisiken gefährdet. Dabei hätten drei Fünftel der Pflegedienste und drei Viertel der Pflegeheime noch keinen COVID-19-Fall zu verzeichnen.

Mit Blick auf eine mögliche zweite Welle der Pandemie müsse ambulanten Pflegediensten und stationären Einrichtungen eine höhere Aufmerksamkeit zukommen. Um über die akute Pandemiesituation hinaus Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, müsse den Forderungen der Pflegedienste und stationären Einrichtungen nach bundesweiten und praktikablen Handlungsempfehlungen, einer dauerhaften ausreichenden Bereitstellung von Schutz- und Desinfektionsmitteln, der systematischen Testung der pflegebedürftigen Menschen und des Personals, einer besseren Vergütung der Pflegenden und einer besseren Personalausstattung nachgekommen werden.

> Weitere Informationen der Universität Bremen

Pflegewissenschaftliche Versorgungsforschung am Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP)

Ansprechpartnerin

Prof. Dr. Karin Wolf-Ostermann Telefon 0421 21868960

Dialogstelle des Landes Nordrhein-Westfalen für Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen

Im Büro der Landesbehinderten- und Patientenbeauftragten Claudia Middendorf ist eine neue Dialogstelle für Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen eingerichtet worden. Die Dialogstelle soll dabei helfen, Streitigkeiten zu schlichten, die bei der Ausgestaltung der Besuchsmöglichkeiten in den stationären Pflegeeinrichtungen und den Einrichtungen der Eingliederungshilfe aufkommen können.

Hintergrund ist die zunehmende Zahl an Bürgeranfragen zu Besuchsmöglichkeiten in Wohneinrichtungen, die das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW und die Landesbeauftragte erreichen.

In der aktuellen Coronaschutzverordnung hat die Landesregierung festgelegt, welche Maßnahmen die Einrichtungen ergreifen müssen, um Besuche zu ermöglichen und klargestellt, dass diese grundsätzlich zugelassen werden müssen. Die neue Dialogstelle soll offene Fragen klären und eine Vermittlerrolle wahrnehmen.

> Weitere Informationen

E-Mail: dialogstelle@lbbp.nrw.de Telefon 0211 8554780

Corona-Sonderseite der Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz

Die Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz haben in ihrem Internetportal eine Sonderseite unter dem Titel Corona-Spezial Alter, Pflege und Demenz eingerichtet.

Auf dieser Sonderseite werden wichtige Informationen und Hilfen zu den Themen Alter, Pflege und Demenz für Rat- und Hilfesuchende und Unterstützende, insbesondere Anbieterinnen und Anbieter von anerkannten Angeboten zur Unterstützung im Alltag, Pflegeberatung, Nachbarschaftshilfe sowie pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen, gebündelt.

Daneben bietet das Portal in der Mediathek weitere Materialien an, wie zum Beispiel die Veröffentlichung Gefahren und Abwege der Sozialpolitik im Zeichen von Corona des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA). Der Text ist eine kritische und komplexe Analyse zur Situation in Einrichtungen der Pflege in Zeiten der Corona-Krise.

> Weitere Informationen Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz

Ansprechpartnerin

Silke Lua Telefon 0211 89-22228

Wo die Risikogruppen wohnen

Ältere Menschen gelten in der Corona-Pandemie als besonders gefährdet. In Stadtvierteln mit einem hohen Anteil älterer Einwohnerinnen und Einwohner ist die Gefahr einer Ausbreitung des Virus mit vielen schweren Verläufen deshalb vergleichsweise groß. Zugleich wohnen dort weniger junge Nachbarinnen und Nachbarn, die Erledigungen für die Älteren übernehmen können. Der Anteil älterer Personen an der Gesamtbevölkerung unterscheidet sich nicht nur zwischen Stadt und Land. Selbst innerhalb einzelner Städte und Landkreise variiert die Altersstruktur stark. Dies zeigt eine Auswertung kleinräumiger Daten des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, vormals Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI).

> Weitere Informationen Forschungsdatenzentrum Ruhr am RWI

Ansprechpartner*in

Sandra Schaffner und Leonard Goebel Telefon 0201 81490

Helden in der Krise



Das Amt für Soziales der Landeshauptstadt Düsseldorf hat für das herausragende Engagement in der Coronapandemie die Auszeichnung "Helden in der Krise" erhalten. Mit dieser Auszeichnung bedankten sich das F.A.Z.- Institut, Hansgrohe, Beekeeper, Signal Iduna und die dpa-Tochter news für die außerordentliche Hilfe, die das Amt in der Pandemie geleistet hat. Das Amt für Soziales gehört zu rund 1.000 "Helden in der Krise". Diese Zahl steht stellvertretend für viele andere und zeigt, dass das gesellschaftliche Engagement in der Corona-Krise in Deutschland wirklich beachtlich gewesen ist.

Oberbürgermeister Thomas Geisel freute sich über die Auszeichnung: "Das ist eine tolle Anerkennung für die unglaublich gute Arbeit, die im Amt für Soziales in der Corona-Krise geleistet wurde. Das gilt übrigens für die gesamte Stadtverwaltung. Die Nachbarschaftshilfe, die vom Amt für Soziales organisiert wurde, ist aber ein Paradebeispiel dafür, wie wichtig Engagement und Zusammenhalt in so einer Krisensituation sind. Deswegen dürfen sich neben den Mitarbeitenden des Amtes auch die ehrenamtlichen Helfer, die dieses Programm ermöglichten, als echte "Helden in der Krise' fühlen."

> Weitere Informationen Ansprechpartnerin Uschi Kieninger Telefon 0211 89-25890

Informationen der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Corona-Pandemie

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat auf ihrer Internetseite ein Informationsportal zum Coronavirus eingerichtet. Die Seite bietet für Hilfesuchende, Gesundheits- und Pflegepersonal sowie Düsseldorfer Unternehmen umfassende Informationen. Dort sind zum Beispiel auch Hotlines veröffentlicht, wie die Versorgungshotline für Hilfebedürftige oder die Pflegebüro-Hotline bei Ausfall von Pflegekräften oder Pflegediensten.

Aktuelle Informationen zum Coronavirus und die damit verbundenen Erlasse, Verordnungen und Handlungsanweisungen halten folgende Seiten bereit:

- Robert-Koch-Institut (RKI)
- Empfehlungen für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS NRW)
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

